Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

16 (20.1.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 16 — Mittwoch, den 20. Januar 1932 — 103. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

In der französischen Kammer und im Senat wurde die Regierungserklärung Lavals verlesen. Frankreich gewährt keinen Tributnachlaß, wenn nicht gleichzeitig die französischen Kriegsschulden an Amerika herabgesetzt werden.

•

In Paris will man die Lausanner Konferenz verschieben und den Zahlungsaufschub kurzfristig verlängern.

•

Das Jahr 1931 brachte Deutschlnad einen Ausfuhrüberschuß von 2574 Millionen Mark, im Dezember stellte er sich auf 224 Millionen.

•

Gegen die drei Aerzte im Lübecker Prozeß wurden Gefängnisstrafen von 1 bis 3 Jahren beantragt.

•

Eine Zollnotverordnung bringt die Erhebung von Valutazuschlägen.

•

Kurz nach dem Eintreffen des rumänischen Außenministers Fürst Ghika in Prag fand zwischen diesem und dem tschechischen Außenminister Benesch eine Unterredung statt, die eine vollständige Uebereinstimmung in allen wichtigen Punkten ergeben hat.

•

Die politische Lage in London ist durchaus unklar. Die englische Diplomatie hält die Lausanner Konferenz an sich für wünschenswert, wartet jedoch die französische Stellungnahme ab und ist wahrscheinlich auch heute noch willens, möglicherweise die Lausanner Konferenz fallen zu lassen.

•

Zwischen Lettland und Estland ist eine enge Zusammenarbeit für die kommende Abrüstungskonferenz und die Nichtangriffsverhandlungen, sowie auch auf wirtschaftlichem Gebiet in Aussicht genommen.

•

Am Dienstag abend sprach in einer Kundgebung der S.P.D. in Breslau Reichstagspräsident Loebe über die politische und wirtschaftliche Lage.

Außerordentliche Zollmaßnahmen

Verordnung des Reichspräsidenten vom 18. Januar

Berlin, 19. Jan. Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet.

Die Reichsregierung wird ermächtigt, im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses

1. bei der **Einfuhr** von Waren, die aus Ländern stammen, deren Währung **unter die Goldparität gesunken ist,** für einzelne Waren oder Warengruppen **Ausgleichszuschläge zu erheben,**

2. für Waren, die aus einem Lande stammen mit welchem das Deutsche Reich **nicht in einem handelsvertraglichen Verhältnis steht** oder welches die deutschen Waren ungünstiger behandelt als die Waren eines dritten Landes, **erhöhte Zollsätze festzusetzen.** Von der Erhebung der erhöhten Zollsätze kann bis zur Dauer von höchstens 6 Monaten Abstand genommen werden, wenn mit diesem Lande Handelsvertragsverhandlungen schweben oder bevorstehen. Die Reichsregierung kann bei einzelnen Waren von der Anwendung der erhöhten Zollsätze ganz oder teilweise absehen.

Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft.

Berlin, 18. Januar 1931.

Der Reichspräsident (gez.) v. Hindenburg.

Senkung der Bierpreise

Berlin, 19. Jan. Wie wir erfahren, hat der **Preiskommissar** auf Grund seiner Verhandlungen mit den Brauereien angeordnet, **daß der Bierpreis ab 1. Februar um 2 Mark je Hektoliter Vollbier gesenkt wird, also von 49.85 auf 47.85 Mark. Der Ausschankpreis soll eine entsprechende Senkung erfahren.**

Schwere Gasexplosion

Köln, 19. Jan. Eine schwere Gasexplosion ereignete sich in einem Hause in der Naumannstraße in Köln-Riehl. Dort hatte sich in der Nacht ein Schwerkriegsbeschädigter in die Küche seiner Wohnung eingeschlossen und den Gashahn geöffnet, um sich das Leben zu nehmen. Als seine Frau am Morgen die Tür verschlossen fand, bat sie einen Nachbar, ihr beim Oeffnen der Tür behilflich zu sein. Beim gewaltsamen Aufbrechen kam es zu einer schweren Explosion, wodurch der Nachbar schwer und die Frau leicht verletzt wurde. Außerdem wurde die Küche vollständig demoliert. Der Schwerkriegsbeschädigte war, wie später festgestellt wurde, bereits vor der Explosion an den Folgen der Gasvergiftung gestorben.

Laval antwortet Brüning

Die französische Regierungserklärung — Frankreich gegen Tributherabsetzung ohne gleichzeitige Schuldenregelung mit Amerika

Paris, 19. Jan. Das französische Kabinett ist Dienstag nachmittag zusammengetreten. Nach den Ansprachen des Präsidenten wurde von **Ministerpräsident Laval** in der Kammer und vom Justizminister **Berard** im Senat folgende Regierungserklärung verlesen: Nicht ein Mißtrauensvotum hat das vorausgegangene Kabinett veranlaßt, zurückzutreten. Fast 12 Monate hindurch hatten Kammer und Senat der Regierung ihr Vertrauen niemals versagt, und in der abgelaufenen Parlamentssession es noch einmal bekräftigt. Bekanntlich ist, unter welchen Bedingungen wir allerdings ohne Erfolg versucht haben, die Grundlage unserer Aktion zu verbreitern, die Ereignisse selbst und die Schwierigkeiten, die uns eine einmütige Anstrengung aller erforderlich erscheinen ließen, genügen, um heute die wesentlichen Punkte des Programms, das wir dem Parlament zu unterbreiten haben, zu bestimmen.

Unsere Regierung steht vor großen außenpolitischen Aufgaben. Sie wird zwei Problemen, die gegenwärtig Gegenstand internationaler Erörterung sind, sich widmen müssen: den Reparationen und der Einschränkung und Herabsetzung der Rüstungen. Die Krise, deren Auswirkungen Frankreichs infolge der gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit der Nationen auch spürt, hat nicht nur die öffentliche Meinung der Völker in Verwirrung gebracht, sondern auch zahlreiche Systeme wach gerufen, die eher auf **doktrinärer Einbildungskraft,** als auf der **Realität der Tatsachen** begründet sind. Die Welt ist nach denen begierig, die ihr Heilung versprechen. Sie nimmt leider mit zu großer Bereitschaft die **Theorien** auf, die ein Universalheilmittel bringen wollen. **Die Annulierung der Reparationen und der Kriegsschulden würde auf diesen Geisteszustand zurückgehen.**

Wir können für die Zukunft keine Lösungen annehmen, die, ohne die Krise beschwören zu können, Frankreich in seinen wesentlichen Interessen und in seinen durch frei geschlossene Verträge betonten Rechten treffen würden. Wir werden das Recht auf Reparationen nicht verjähren lassen. Man fordert von uns aber eine Entlastungsquittung zugunsten unserer Schuldner.

Wir haben aber eine **doppelte Pflicht,** nämlich gegenüber den Generationen, die den Krieg miterlebt haben, eine Pflicht der Rechtschaffenheit, die darin besteht, **nicht von unserem Guthaben zu opfern ohne einen entsprechenden Erlaß unserer eigenen Schulden;** und gegenüber den kommenden Generationen haben wir eine Pflicht der Vorsicht, nämlich alle Abkommen von einem gerechten Ausgleich der Produktions- und Existenzbedingungen abhängig zu machen. Dieses Gleichgewicht wäre zerstört, **wenn nach überwundener Krise das Mißverhältnis zwischen den finanziellen und steuerlichen Lasten, die die Völker in ihrer Aktivität belasten, Frankreich bei der Konkurrenz auf dem Weltmarkt in einen Zustand unbedingter Unterlegenheit versetzen würde. Die Regierung wird bei allen bevorstehenden Verhandlungen zur Anpassung der in Kraft befindlichen Vereinbarungen über die Kriegsschulden an die Periode der wirtschaftlichen Depression weiterhin sich streng an diese grundsätzlichen Prinzipien halten, die das französische Parlament stets gebilligt hat.**

Die Regierungserklärung behandelt dann weiter die wirtschaftliche Lage in Frankreich, die Arbeitslosigkeit und die Budgetverabschiedung.

Sie geht sodann zum **Abrüstungsproblem über. Die Konferenz für die Einschränkung und Herabsetzung der Rüstungen werde am 2. Februar zusammentreten.**

Nach dieser Hinsicht ist die französische Politik durch das Memorandum vom 15. Juli v. J. definiert worden. Diese **im Völkerbundpakt verankerte Politik** ist seit 12 Jahren diejenige Frankreichs ebenso, wie diejenige des Völkerbundes. Unser Land hat immer wieder die wirtschaftliche, politische und humane Bedeutung dieser Politik ermessen können. Die Regierungserklärung erwähnt u. a. das Protokoll von 1924, das, obwohl es nicht ratifiziert worden sei, am vollständigsten die französische Auffassung wiedergebe, ferner die allmähliche Anwendung dieser Gedankengänge in den Abkommen von **Locarno,** dem **Kelloggpakt,** den allgemeinen **Schiedsgerichtsabkommen,** mit denen sämtlich der Name Briands verbunden bleibt, all das seien die **unveränderlichen Grundsätze der französischen Politik.** An dieser Politik, so fährt die Erklärung fort, haben alle Parteien teilgenommen, und **alle Franzosen würden sie aufrechterhalten.** Alle erklären überdies, daß sie sich den Erfolg nur in einem bestimmten Rahmen denken, nämlich der **Achtung des Begriffes des Vertrages, der Schiedsgerichtsbarkeit, der Definierung des Angreifers, des gegenseitigen Beistandes, also der Sicherheit. Es wäre verkehrt, etwa auf irgend eine Schwäche oder Müdigkeit Frankreichs und damit auf den Verzicht auf diese Grundsätze rechnen zu wollen.** Der Wille Frankreichs, den Frieden zu organisieren schließt beides aus.

*

Die Kammeraussprache

T.U. **Paris,** 19. Jan. In der Kammeraussprache über die allgemeine Politik der französischen Regierung erklärte der Abgeordnete Ledoux, Laval habe als Außenminister nicht die Autorität wie Briand.

Der Sozialist Leon Blum erklärte, Deutschland verweigere die Zahlungen. Man müsse sich fragen, ob die verschiedenen französischen Kabinette auch alles unternommen hätten, um die republikanischen und demokratischen Kräfte in Deutschland zu unterstützen. Wenn Frankreich sich auf sein Recht versteife, so würde die nationalsozialistische Propaganda und dadurch das Elend und das wirtschaftliche Chaos nur noch verstärkt. Ein Zwischenfall ereignete sich, als Blum der Regierung vorschlug, einen Geist der internationalen Solidarität walten zu lassen. Auf den Bänken der Rechten entstand ein gewaltiger Tumult, sodaß der Kammerpräsident mit der Unterbrechung der Sitzung drohte. Blum weigerte sich, weiterzusprechen und verließ die Tribüne. Erst auf mehrmalige Aufforderung des Kammerpräsidenten setzte er seine Ausführungen fort und erklärte, die Sozialistische Partei Frankreichs verzichte nicht auf den Grundsatz der Reparationen, so lange sie sich im Rahmen der materiellen Zerstörungen hielten, die während des Krieges angerichtet worden seien. Man müsse französischerseits zugeben, daß Deutschland die Reparationen bisher mit Hilfe ausländischer Anleihen bezahlt habe. In Deutschland behaupte man, mehr bezahlt zu haben, als man schuldig sei. Gegen eine derartige These genügten selbst amtliche Verlautbarungen nicht. Man brauche vielmehr schlagende Beweise und wenn diese Beweise jemals von Deutschland erbracht würden, so würden die Sozialisten die Reichsregierung von allen Zahlungen entbunden erklären. Blum schlug dann eine internationale Untersuchung vor, um die Wahrheit zu ergründen. Finanzminister Flandin erklärte, er werde Zahlen geben, wenn sie verlangt würden. Blum forderte jedoch die Schaffung eines internationalen Schiedsgerichts. Der Redner sprach dann über die Verquickung von Reparationen und Privatschulden und meinte, den kurzfristigen Krediten dürfe schon deshalb keine Sonderstellung eingeräumt werden, weil auch die Reparationen keine politischen, sondern Privatschulden seien. Heute stehe man der Zahlungsunfähigkeit Deutschlands gegenüber. Frankreich brauche nicht für immer auf die Reparationen zu verzichten. Es gebe aber verschiedene Möglichkeiten, der besonderen Lage Rechnung zu tragen. Der ungeschützte Teil der Reparationszahlungen könne z. B. durch die Ersparnisse ausgeglichen werden, die aus einer aufrichtigen deutsch-französischen Annäherung hervorgehen müßten. Die Sozialisten seien nicht für die große Geste, die man von Frankreich verlange, da Deutschland dann von allen inneren Schulden befreit, eine bevorzugte Stellung einnehmen würde. Eine Angleichung der Reparationen an die augenblickliche Lage sei jedoch notwendig. Um aber zu einer Verständigung über die Reparationsfrage zu gelangen, müsse man auch das Abrüstungsproblem beachten. Wenn die französische Regierung ihre Denkschrift vom 15. Juli als Grundlage für die kommenden Verhandlungen verwenden wolle, so laufe sie Gefahr, isoliert zu werden, da sie in dieser Frage im Gegensatz zu der öffentlichen Meinung in der ganzen Welt stehe.

Nach weiteren Reden wurde die Fortsetzung der Aussprache dann auf Donnerstag nachmittag vertagt.

*

Briand bleibt der Kammer fern

Paris, 19. Jan. Im Namen Briands hat der Abgeordnete Danielu in den Wandelgängen der Kammer erklärt, daß der Gesundheitszustand Briands zwar recht befriedigend sei, daß Briand aber nicht in der Kammer erscheinen werde, damit seine Anwesenheit nicht zu tendenziösen Auslassungen Anlaß gebe.

•

Außerordentliche Befriedigung in Paris

T.U. **Paris,** 19. Jan. Die scharfe Kammererklärung Lavals findet in Pariser politischen Kreisen ein lebhaftes Echo. Von rechts bis weit in die Mittelparteien hinein herrscht außerordentliche Befriedigung, und man hebt hervor, daß Laval die Haltung Frankreichs noch einmal klar zusammengefaßt und jeden Zweifel an den Absichten der Regierung ausgeräumt hat. Laval, Tardieu und Flandin würden an den „Rechten" Frankreichs nicht rütteln lassen und mit einem Höchstmaß von Energie zu den bevorstehenden Konferenzen gehen. Es sei nicht die Gewohnheit des Ministerpräsidenten, leere Worte zu gebrauchen, oder sich durch Widerstände in der Verfolgung der französischen Ziele hemmen zu lassen. Die Regierungserklärung habe das Programm für die Behandlung der Tribut- und Abrüstungsfrage eindeutig dargelegt und Laval könne in dieser Beziehung der Unterstützung der Nation sicher sein.

Es ist ohne weiteres klar, daß der französische Ministerpräsident seine Programmerklärung in dieser schroffen Form abgegeben hat, um sich vor der Kammer auf eine starre und unnachgiebige Haltung festzulegen und sich bei ihr die nötige Rückendeckung zu holen. Nach dieser Rede sind vom deutschen Standpunkt alle etwaigen Illusionen überflüssig.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Berliner Blätter zur Regierungserklärung Lavals

T.U. **Berlin,** 20. Jan. Zu der scharfen Regierungserklärung Lavals, die sich gegen jede Streichung der Tribute und gegen jede Abrüstung richtet, nehmen vorläufig nur wenige Berliner Blätter ausführlich Stellung. Allgemein wird darauf hingewiesen, daß die Erklärung schlechte Aussichten für die kommenden Konferenzen eröffne. Vor allen Dingen wird aber hervorgehoben, daß zum ersten Mal ein französischer Ministerpräsident und Außenminister zugegeben hat, daß die Tribute lediglich dazu da sind, dem deutschen Volke die Entfaltung seiner Fähigkeiten in friedlichem Wettbewerb mit anderen Völkern unmöglich zu machen.

*

Deutschland hält an der Lausanner Konferenz fest

Berlin, 19. Jan. Gegenüber der Havaserklärung, in der eine Verlängerung des Hoovermoratoriums angeregt und für den Fall dieser Verlängerung die Lausanner Konferenz als überflüssig bezeichnet wird, wird in hiesigen unterrichteten politischen Kreisen mit allem Nachdruck betont, **daß Deutschland nach wie vor unter allen Umständen an dem baldigen Zusammentritt der Reparationskonferenz in Lausanne festhält.** Es kann nur immer wieder auf den Wigginbericht vom August vergangenen Jahres und das Baseler Gutachten hingewiesen werden, die beide die Notwendigkeit einer baldigen Regelung der Reparationsfrage verlangen. Man ist in politischen Kreisen der Auffassung, daß sich kein Staatsmann diesen Notwendigkeiten entziehen kann.

*

Europa soll selbst für seine Rettung sorgen

T.U. **Paris,** 19. Jan. Ueber den Schritt Lavals beim Staatssekretär Stimson bezüglich der Verlängerung des Hoovermoratoriums liegen der Pariser Abendpresse nur Reutertelegramme aus Washington vor, die von der amtlichen Agentur Havas übernommen worden sind. Laval hat jedenfalls Stimson durch den Botschafter Edge mitteilen lassen, daß es ihm schwer falle, der Kammer eine Verlängerung des Moratoriums vorzuschlagen, ehe ihm die amerikanische Haltung bekannt sei.

T.U. **London,** 19. Jan. Von maßgebender Stelle in Washington wurde, wie „Exchange Telegraph" meldet, am Dienstag mitgeteilt, die Antwort der Vereinigten Staaten auf die europäische Anregung werde dahin gehen, daß Europa selbst für seine Rettung sorgen müsse. Wenn jedoch, so besagt die Mitteilung weiter, von europäischer Seite Pläne über eine weitere Aufschiebung der Kriegsschuldenzahlungen oder andere Vorschläge zur Beilegung der gegenwärtigen Krise gemacht werden würden, so werde Amerika diesen Plänen seine sorgfältige Beachtung schenken. Trotzdem beabsichtigten die Vereinigten Staaten nicht, an den vorbereitenden Verhandlungen teilzunehmen.

*

Ungünstiger Eindruck des französischen Schrittes bei der Washingtoner Regierung in London.

T.U. **London,** 19. Jan. Der Eindruck des französischen Schrittes in Washington ist bei den englischen Behörden nicht sehr günstig aufgenommen worden. Man verspricht sich von ihm keinen unmittelbaren Erfolg, sondern befürchtet, daß die Franzosen diesen Schritt nur getan haben, um ihre Stellung in den Tributverhandlungen zu stärken, da sie wohl wüßten, daß Amerika jetzt keine Zusagen über eine Herabsetzung oder Streichung der Schulden machen könne.

Staatssekretär Stimson Führer der amerikanischen Abrüstungsdelegation

T.U. **Washington,** 19. Jan. Das Ereignis des Tages ist die Ernennung Staatssekretär Stimsons zum Führer der Abordnung der Vereinigten Staaten zur Genfer Abrüstungskonferenz. General Dawes, der ursprünglich als Führer der Abordnung ausersehen war, bleibt in Amerika. Hoover ernannte den Botschafter zum Leiter der großen Wiederaufbaugesellschaft zur Ankurbelung des Kredits mit einem Kapital von zwei Milliarden Dollar.

Was von Lausanne übrig blieb

Keine Woche trennt uns mehr von dem 25. Januar, an dem in Lausanne-Ouchy die Reparationskonferenz der europäischen Gläubiger Deutschlands stattfinden sollte. Und noch steht überhaupt in Frage, ob die Konferenz zustande kommt. Frankreich hat bisher seine Zustimmung nicht gegeben. Laval hat in der französischen Kammer nun seine Rede gehalten und auf jene Erklärung des Reichskanzlers Brüning geantwortet, die besagte, daß Deutschland keine Tribute mehr zahlen könne. Die Entscheidung über den Zusammentritt der Reparationskonferenz dürfte also in der französischen Kammer fallen, nachdem die bisherigen langen Verhandlungen zwischen England und Frankreich und auch zwischen Italien und diesen beiden Mächten zu keiner Einigung führten.

Voraussichtlich bleibt nur eine Verschiebung der Konferenz übrig, aber auch einer solchen Vertagung wird jeder Erfolg zuvor genommen. Eine offiziöse Stimme aus Frankreich meldet, daß es sich nur darum handeln könne, die Endregelung auf ein halbes oder ganzes Jahr zu vertagen. Es handle sich jetzt nur noch darum, das Hoover-Moratorium zu verlängern.

Damit ist Frankreichs Stellungnahme eindeutig klargelegt. Es sträubt sich mit Händen und Füßen gegen eine Endregelung der Reparationen, es will Zeit gewinnen und damit auch die ganze Partie. Den Vorwand dazu bieten die Wahlen in Frankreich, in den Vereinigten Staaten und in Deutschland. Dahinter steckt noch die französische Angst vor der nahen Abrüstungskonferenz, auf der es hart auf hart gehen wird, denn die weltpolitischen Gegensätze dürften dort scharf aufeinanderstoßen. Tardieu, der neue französische Kriegsminister, ist für Aufrüstung und hat sich früher schon gegen die Abrüstung festgelegt.

Die Frage der Kriegstribute werden dadurch von Paris in zweite Linie gestellt. Die Konferenz von Lausanne mag deshalb am 25. Januar oder zusammen mit der Abrüstungskonferenz stattfinden, fest steht jedenfalls, daß sie nur wenige Tage dauern soll und daß einfach die Verlängerung des Zahlungsaufschubs beschlossen wird. Mag Deutschland drängen, mag sein Kanzler auch erklären, daß Deutschland nicht zahlen kann, das Leichenbegängnis für die Reparationskonferenz in Lausanne ist gut vorbereitet. Paris fürchtet nämlich, daß Macdonald und Mussolini, die ihr Erscheinen in Aussicht stellten, Laval hart anfassen könnten.

In England bemüht man sich um eine vermittelnde Lösung, und nur Mussolini hat sich mit Scharfsinn und erfrischender Offenheit die deutsche These zu eigen gemacht. Daß er sie zugleich mit dem Vorschlag an die Westmächte verbindet, die Vereinigten Staaten vor eine vollendete Tatsache zu stellen, geht Deutschland nur in zweiter Linie an. Wahrscheinlich hat aber der italienische Ministerpräsident die inneramerikanische Situation richtig erkannt, die eines mit aller Gewißheit ausschließt, nämlich weitere „Mildtätigkeit" für Europa, wie dort das neue Schlagwort heißt.

Ueber die eigentlichen Hintergründe des Vertagungsgedankens gibt man sich auch in Deutschland keinen Täuschungen mehr hin. Der „Daily Telegraph" meint in einem Leitartikel, man habe von der Konferenz nur noch eine neue Aufschiebung der Probleme zu erwarten, in der Art, wie sie der ganzen Welt längst auf die Nerven gefallen sei. Man drücke sich um die wahre Aufgabe herum. Ein Vorteil sei lediglich darin zu erblicken, daß vor dem Zusammentritt der Konferenz die Wahlen in Frankreich, Deutschland und den Vereinigten Staaten stattgefunden haben würden, und daß dann vielleicht die Regierungen sämtlicher drei Länder mehr als bisher den Mut finden würden, jene Opfer zu bringen, die zur Ueberwindung des augenblicklichen weltwirtschaftlichen Tiefstandes notwendig seien. Das Blatt meint, das Gewicht jener Stimmen, die sich für völlige Streichung einsetzten, werde gewinnen. Andererseits aber hat die Schuldenerklärung des amerikanischen Bundessenators David Reed in London einen recht peinlichen Eindruck hervorgerufen. Sie zeigt nämlich wiederum mit erschreckender Deutlichkeit, daß der Washingtoner Kongreß heute weniger denn je an eine Streichung denkt. Die „heiligen Rechte", auf die Frankreich sich mit Vorliebe beruft, um seinen Tributanspruch zu rechtfertigen, werden nunmehr vom Senator Reed zitiert, um die Verpflichtungen der amerikanischen Schuldnerstaaten als unabänderlich hinzustellen. Es macht einen sehr großen Unterschied, ob die Verlängerung bis zum 15. Dezember oder 31. Dezember dieses Jahres ausgesprochen wird. Im letzteren Falle würde nämlich höchstwahrscheinlich ein Moratorium für die alliierten Schulden an Amerika einseitig von England, Frankreich, Italien und den kleineren alliierten Mächten erklärt werden müssen, und zwar mindestens in der Länge des deutschen Moratoriums.

*

Verschiebung der Lausanner Konferenz

Eine Havas-Erklärung

Paris, 18. Jan. In einer offiziösen Charakter tragenden Auslassung erklärt die Agentur Havas unter Hinweis auf die gegenwärtig zwischen den am Youngplan interessierten Mächten geführten diplomatischen Verhandlungen und insbesondere den heutigen Besuch des deutschen Botschafters bei Ministerpräsident Laval:

Wegen der Wahlen, die im Laufe des Jahres in Frankreich, Deutschland und den Vereinigten Staaten stattfinden sollen, verbreitet sich in den interessierten internationalen Kreisen immer mehr die Ansicht, daß man gegenwärtig unmöglich zu einer detaillierten endgültigen Lösung des Reparations- und Kriegsschuldenproblems gelangen kann. Man scheint jetzt in Paris und London darüber einig zu sein, für Deutschland das am 1. Juli 1932 ablaufende Hoover-Moratorium lediglich zu erneuern und unter gleichen Bedingungen für sechs Monate oder 1 Jahr zu verlängern. Gleichzeitig wurden die europäischen Schuldner der Vereinigten Staten, die Gläubigeransprüche an Deutschland haben, in einer gemeinsamen Erklärung für ihre Rechnung von der amerikanischen Regierung als Bedingung und während der Dauer des neuen Deutschland zu bewilligenden Moratoriums gleiche Behandlung fordern. Wenn die Verständigung auf dieser Grundlage zwischen den Unterzeichnern des Youngplanes auf diplomatischem Wege erzielt werden kann, wird die Lausanner Konferenz vorläufig gegenstandslos werden, da der Kern des Problems nicht vor Ablauf des Jahres von den interessierten Regierungen erörtert werden wird. Unter diesen Umständen könnte eine Zusammenkunft von Finanzsachverständigen für die Ausarbeitung eines zwecks stillschweigender Verlängerung des laufenden Hoover-Moratoriums notwendigen Abkommens genügen.

Hausbesitzsteuern früher und heute

Wie die Hausbesitzer durch übermäßig hohe Steuern erdrosselt werden, ergibt nachstehende Aufstellung, die ein Gelsenkirchener Bürger und Hausbesitzer zur Verfügung stellt.

Kurz vor dem Kriege lautete der Steuerzettel:

Staatssteuer	46.— M.
Gemeindegrundsteuer	524.32 M.
Gewerbesteuer	29.40 M.
Entwässerungsgebühr	152.76 M.
Müllabfuhrgebühr	32.45 M.
Kirchensteuer	32.40 M.
Zusammen:	817.33 M.

Im Jahre 1931 lautete der Steuerzettel:

Staatssteuer	434.40 M.
Zuschlag	352.56 M.
Gemeindezuschläge	1629.— M.
Für Entwässerung, Straßenreinigung und Müllabfuhrgebühr	463.99 M.
Hauszinssteuer	3660.72 M.
Hauszinssteuer-Nachtrag	37.56 M.
Vermögenssteuer	396.— M.
Einkommensteuer	298.— M.
Kirchensteuer	51.60 M.
Krisensteuer	27.40.— M.
Bürgersteuer	9.— M.
Zusammen:	7360.23 M.

Die Grundlagen zur Steuerveranlagung sind dieselben geblieben.

Tages-Anzeiger

Mittwoch, den 20. Januar.

Bad. Landestheater: „Die Prinzessin auf dem Seil", 20—22¼.
Scala-Tonfilm-Theater: „Reserve hat Ruh", 5, 7 und 9 Uhr.
Union-Theater: „Das Lied ist aus", 7 und 8¾ Uhr.
Parkschlößle: Nachm.: Kinder-Kostümfest, abends: Faschings-Tanz.

Ich warte auf deine Liebe

Roman von Gert Rothberg

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[9

Und dann starb Maria von Dörring! Dietrich von Rheinsbergh wußte, daß sie an gebrochenem Herzen gestorben war.

Sein Haß gegen den einstigen Freund wuchs ins Unendliche. Und längst war Hans von Dörring in seinen Händen. Alle Wechsel befanden sich in seinem Besitz. Maria von Dörrings wertvolle Papiere waren zu hohem Zinsfuß angelegt. Elme von Dörring sollte dereinst das Schloß ihrer Väter von ihm zurückkaufen können.

Und er war in die Welt hinausgegangen. Es gab kein Mittel, Marias Kind dem Vater zu entreißen. Das Gesetz war auf seiner Seite, und niemand hätte Dietrich von Rheinsbergh das Recht eingeräumt, für Marias Kind zu sorgen. Er mußte warten, bis sie volljährig war, mußte sie bis dahin ihrem Schicksal überlassen. Aber er wußte immer, wie es ihr ging, blieb immer mit der Heimat in Verbindung. Und nun, da ihr Vater tot war — eine Lösung, die niemand ahnen konnte und die doch das Beste war, was der Herrgott bestimmt hatte —, nun war er heimgekommen aus fernen Landen. Nun konnte er Elme von Dörring vielleicht doch von Nutzen sein, denn es war ja Marias Vermächtnis!

Und seine Tante Löwenried, diese feine, kluge, erfahrene Frau wollte ihm gern beistehen, Elme langsam, aber sicher dorthin zu geleiten, wohin sie gehörte und wo man sie doch nicht hätte eher begrüßen können, solange man Hans von Dörring mit hätte in Kauf nehmen müssen.

Es war nun einmal nicht zu ändern, daß der einst so sehr verwöhnte Liebling der oberen Gesellschaft verfemt gewesen war und mit ihm sein unschuldiges Kind.

Aber nun wurde das alles anders, ganz anders! Doch Dietrich von Rheinsbergh konnte sich auch jetzt noch nicht offen als Beschützer Elmes bekennen, denn er war ja noch immer nicht verheiratet.

Und so arrangierte eben Frau von Löwenried auf seinen dringenden Wunsch alles.

Nun war die erste Begegnung mit Elme von Dörring da! Anders, als er sich diese Begegnung gedacht, war sie geworden, ganz anders. Man hatte dem jungen Mädchen Mißtrauen gegen ihn eingeflößt. Oder war es am Ende doch nur die Abwehr gegen den Mann, der Schloß Werdenberg an sich gebracht hatte?

Grübelnd sah Dietrich von Rheinsbergh in das blasse, liebreizende Mädchengesicht. Jeder Zug darin erinnerte an Maria! Und in den großen, dunkelblauen Augen war furchtsame Abwehr gewesen.

Abwehr gegen ihn!

Dietrich von Rheinsbergh lächelte vor sich hin. Kaum war man wieder daheim, stieß man sich auch schon wieder an tausend ungeschriebene Gesetze. Denn warum durfte er dem blonden Mädelchen nicht einfach sagen: Kind, komm mit nach Rheinsbergh. Ich habe deine Mutter über alles geliebt, und ich möchte dir ein Vater sein, weil du so einsam und allein bist. Bring ein wenig Sonnenschein in mein stilles Haus, dann haben wir beide gewonnen.

Aber das ging nicht, weil sittenstrenge Menschen es nicht gelitten hätten, weil man etwas wittern würde, etwas, das gar nicht da war. Doch man würde eben die Nasen so lange heben, bis die Beteiligten selbst ihrer eigenen Sache mißtrauten; denn so war nun einmal der Lauf der Welt immer gewesen und es würde vorderhand wohl auch so bleiben. Und wenn man es sich recht besah, dann war es auch gut so.

„So in Gedanken? Es fesselt Sie doch nicht etwa noch heute eine schöne, kleine Japanerin?" fragte listig zwinkernd Herr von Bender, ein sehr lebenslustiger Herr, der aber in Gegenwart seiner besseren Hälfte kaum ein Wort zu sagen wagte.

Dietrich von Rheinsbergh lachte.

„Durchaus nicht. Man vergißt schnell."

„Aber Sie müssen mir erzählen, Sie beneidenswerter Weltenbummler. Gewiß haben Sie ungeheuer viel Interessantes erlebt."

„Meinen Sie? Wir schliefen in Bengal mal mitten zwischen Tigern und bemerkten die Bestien erst, als sie uns schon aufs Korn genommen hatten. Na, sie haben sämtlich ihr Fell auf dem Platze gelassen. Wir hatten ein paar englische Lords mit und die waren brillante Jäger. Meine Tante Löwenried hat vorhin mein Präsent zu ihrem Geburtstage in Empfang genommen: Ein riesiges Tigerfell. Stammt von jenem Abend in Bengal. Frauen haben wir damals monatelang nicht gesehen. Hätten Sie wahrscheinlich eklig langweilig gefunden, lieber Bender, nicht wahr?"

Der schwieg ein bißchen beschämt, sagte dann aber doch: „Mut gehört zu solchen Sachen, alle Wetter."

„Ich wollte nicht renommieren, aber weil Sie doch fragten", sagte Dietrich von Rheinsbergh ruhig.

Herr von Ohringen kam, auf den Krückstock gestützt, herübergehumpelt. Das Monokel saß kunstgerecht im linken Auge, die spärlichen weißen Haare waren scharf nach rechts und links gescheitelt. Er war von seiner Gattin geschickt, die es für richtig erachtete, Dietrich von Rheinsbergh beizeiten vor aufdringlichen Leuten zu schützen. Denn schließlich hatten die Benders eine Tochter, die noch immer auf den Mann wartete. Und Hortense von Ohringen, die Tochter des alten Generals, hatte nun doch noch eher Anspruch auf Dietrich von Rheinsbergh, als die überschlanke, aschblonde Hilma von Bender.

Also! Und so verrichtete General von Ohringen Vorpostendienst!

Fast liebevoll betrachtete Frau von Ohringen den Gatten, der bald genug mit Rheinsbergh in ein angeregtes Gespräch vertieft war. Frau von Bender, die natürlich mit dem gleichen Interesse herübersah, meinte erbittert zu ihrer Tochter:

„Wie der Ohringen vorgeht! Pass' auf, sie kapern sich noch den Rheinsbergh. Aber leider ist man machtlos, wenn man einen Dummkopf zum Manne und eine Gans als Tochter hat."

(Fortsetzung folgt.)